

Sebastian Kurz nach Freispruch: Rückkehr in die Politik ausgeschlossen!

Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz äußert sich nach seinem Freispruch zur politischen Kultur und verweist auf anhaltende Ermittlungen.



Vienna, Österreich - Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) trat nach seinem Freispruch in der Falschaussage-Causa vor die Medien und äußerte sich kritisch zur „politischen Kultur“ in Österreich. Kurz wies darauf hin, dass das Oberlandesgericht seine achtmonatige, bedingte Haftstrafe aufgehoben und ihn von den Vorwürfen im Ibiza-U-Ausschuss freigesprochen hat. Er bezeichnete die letzten vier Jahre als „sehr belastende Zeit“, trotz seiner privilegierten Situation. Der Aufwand des Verfahrens wurde von ihm als unverhältnismäßig beschrieben, da 30 Zeugen gehört und zwölf Verhandlungstage angesetzt wurden. Laut **vienna.at** äußerte Kurz, dass die Ermittlungsverfahren oft zu lange und intensiv betrieben würden, was dem Rechtsstaat schade.

Der Ex-Bundeskanzler schloss ein Comeback in die Politik aus und verwies auf seine unternehmerischen Tätigkeiten sowie auf seinen neugeborenen Sohn. Trotzdem ist hinter den Kulissen der ÖVP Nervosität spürbar, da einige Mitglieder in Kurz eine mögliche Rückkehr als „Heiland gegen Kickl“ sehen. Die Partei bereitet sich auf verschiedene Szenarien vor, wobei bei einem Freispruch Jubel in der Partei zu erwarten ist. In diesem Kontext zeigt sich die Unsicherheit über Kurz' politische Ambitionen, da seine Popularität innerhalb der ÖVP trotz der Rückschläge erhalten bleibt, wie **oe24.at** berichtet.

Die Reaktionen auf den Freispruch

Die Reaktionen auf den Freispruch des ehemaligen Kanzlers sind zweigespalten. Irmgard Griss von den NEOS äußerte sich überrascht über die Entscheidung des Zweitgerichts. Der Vorstand des Instituts für Wirtschaftsrecht der WU Wien, Robert Kert, kritisierte ebenfalls die lange Verfahrensdauer. Auf gesellschaftlicher Ebene wurde der Freispruch als ein weiteres Beispiel für die Herausforderungen in der österreichischen Rechtsstaatlichkeit angesehen, wie sie auch im Kreutner-Bericht thematisiert werden. Dieser hebt gravierende institutionelle Schwächen im Justizsystem hervor und spricht von einer „Zwei-Klassen“-Justiz, bei der prominente Beschuldigte anders behandelt werden als Normalbürger, was die Forderung nach einer unabhängigen Generalstaatsanwaltschaft und Reformen verstärkt, die jetzt dringend erforderlich sind.

Gegen Sebastian Kurz laufen weiterhin Ermittlungen in der ÖVP-Inseratenaffäre, die seit 2021 bestehen. Der Vorwurf besteht darin, dass Steuergelder für Umfragen genutzt wurden, von denen Kurz und die ÖVP profitiert haben sollen. Kurz ist überzeugt, dass auch dieses Verfahren nicht mit einem Schuldspruch enden werde. Der aktuelle Fall unterstreicht die anhaltenden Spannungen und Herausforderungen im Bereich der politischen Korruption in Österreich, die bereits seit der „Ibiza-Affäre“ von Mai 2019 im Fokus stehen, wie **verfassungsblog.de** bemerkt.

Die Zukunft der österreichischen Politik könnte stark von der Entwicklung dieser Verfahren und den damit verbundenen Debatten über die Rechtsstaatlichkeit und die Notwendigkeit von Reformen geprägt werden. Die kommenden Monate versprechen, nicht nur für Sebastian Kurz persönlich, sondern auch für die ÖVP und die gesamte politische Landschaft in Österreich entscheidend zu werden.

Details	
Vorfall	Korruption
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.oe24.at • verfassungsblog.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at